

I N F O R M A T I O N

zur Pressekonferenz

mit

Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer
Umwelt-Landesrat Rudi Anschober
Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner
Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner
Bürgermeister MMag. Klaus Luger
Vize-Bürgermeister DI Markus Hein
Umweltstadträtin Mag.^a Eva Schobesberger

3. Juli 2019

zum Thema

Maßnahmen zur Verringerung der Stickoxidbelastung in Linz
gemeinsam ausgearbeitet

Programm zur Luftreinhaltung wird am Montag beschlossen

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Maßnahmen zur Verringerung der Stickoxidbelastung in Linz gemeinsam erarbeitet

Programm zur Luftreinhaltung wird am Montag beschlossen

Oberösterreich hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten große Fortschritte und Verbesserungen bei der Luftqualität verwirklicht. Vor allem aus Industrie und Energieerzeugung konnten vielfach enorme Verringerungen von Emissionen erreicht werden. Bei Stickoxiden (NO_x) gibt es an verkehrsnahen Messstationen noch Handlungsbedarf. Erfreulich ist die Entwicklung an der vormals problematischen Messstation an der A1 bei Enns-Kristein. Mit einem Jahresdurchschnittswert von 38,3 µg/m³ konnte 2018 erstmals eine Unterschreitung des EU-Grenzwertes erreicht werden. Die gesetzten Maßnahmen zeigen Wirkung.

Eine Baustelle ist jedoch geblieben: Bei der verkehrsbelasteten Messstelle beim Römerbergtunnel in Linz konnte bisher der EU-Grenzwert von 40 µg/m³ bei Stickstoffdioxid nicht unterschritten werden. 2018 lag der Jahresmittelwert an der Messstelle Römerberg bei 43,4 µg/m³. Was gegenüber dem Jahr 2017 - 46,3 µg/m³ eine spürbare Entlastung darstellt.

In einem gemeinsamen Arbeitsprozess mit Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer, Umwelt-Landesrat Rudi Anschober, Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner und Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner sowie den zuständigen Verantwortlichen der Stadt Linz unter Federführung von Bürgermeister MMag. Klaus Luger, Vize-BM DI Markus Hein und Umweltstadträtin Mag.^a Eva Schobesberger ein Maßnahmenprogramm erarbeitet, das am Montag in der Landesregierung beschlossen wird. Darin ist es gelungen, ein Bündel von 32 Maßnahmen einfließen zu lassen, das nachhaltig Verbesserung nicht nur für das Gebiet rund um die Messstelle am Römerberg, sondern für den gesamten Großraum Linz bringen wird. Ziel dabei ist der Gesundheitsschutz und das Vermeiden von Strafen durch ein Vertragsverletzungsverfahren durch die EU.

Grenzwerte gelten seit 2010

Die Gesetzgebung der EU legt fest, dass die Grenzwerte für Stickoxide ab 2010 eingehalten werden müssen. Für Linz wurde ein Aufschieben bis 2015 durch die EU-Kommission genehmigt. Linz ist die einzige Landeshauptstadt mit einer derartigen Fristverlängerung. Die EU schreibt vor, dass die Dauer der Grenzwertüberschreitung „so kurz wie möglich“ gehalten werden muss. Es besteht daher akuter Zeitdruck. Oberösterreich muss der Kommission belegen, dass das Ziel der Einhaltung der Grenzwerte konsequent angestrebt wird und ein Maßnahmenprogramm erarbeitet und beschlossen wird, das die Einhaltung der Grenzwerte ermöglichen kann.

Handlungsbedarf erkannt

Intensiv wurde in den vergangenen Monaten analysiert, welche Maßnahmen besonders geeignet sind, um den Grenzwert für Stickstoffdioxid zu unterschreiten. Eine Verursacheranalyse zeigt: Hauptverursacher für die Grenzwertüberschreitungen des NO₂-Jahresmittelwerts ist der Straßenverkehr und insbesondere die Stickoxidemissionen der Dieselfahrzeuge. Am Römerberg, der höchstbelasteten, kontinuierlich betriebenen Messstelle in Linz, beträgt der direkte Anteil des Verkehrs an der NO_x-Belastung 71%, weitere 5% stammen aus der Tunnelabluft und damit auch aus dem Verkehr (Grafik). 11% kommen aus der großräumigen Hintergrundbelastung, zu der auch wiederum der Verkehr mit 6% beiträgt. Damit stammen 82% der NO_x-Belastung am Römerberg aus dem Straßenverkehr. Emissionen der Industrie und der Energieversorgung tragen in wesentlich geringerem Ausmaß bei.

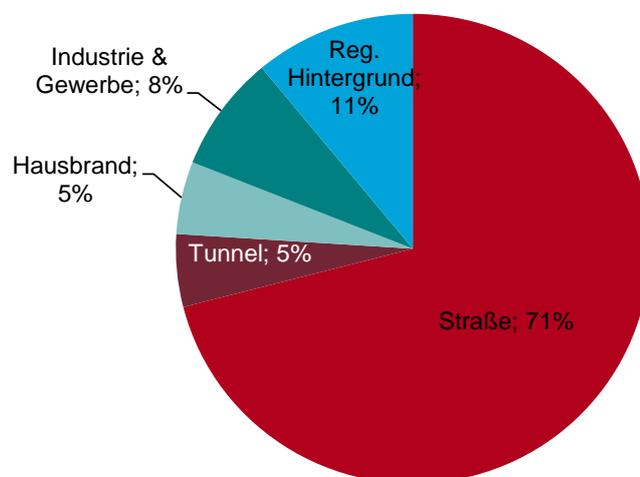


Abbildung: NO_x-Belastung Römerberg (Quelle: Land OÖ)

Umwelt-Landesrat Rudi Anschober: *„Wir haben die Sanierung der Linzer Großindustrie geschafft, wir haben trotz Ausbaus der Produktion in der voestalpine ab dem Jahr 2005 durch eine im Jahr 2007 abgeschlossene innovative UVP eine weitere massive Absenkung der Emissionen geschafft. Und wir haben durch ein im Jahr 2005 beschlossenes umfassendes Maßnahmenprogramm Feinstaub das Problem PM10 gelöst. Nun ist es gelungen, für die letzte verbleibende „Baustelle“ NOx ein gemeinsames Maßnahmenprogramm auszuarbeiten, das auch für diesen Bereich Verbesserung bringen wird. Denn es ist dringend notwendig, die Gesundheit der Bürger/innen, vor allem in Gebieten entlang von Durchzugsstraßen, besser zu schützen.“*

Maßnahmen im Überblick

- Vorantreiben von Nachrüstungen bei der Software als auch im Hardwarebereich bei Diesel-PKWs
- das Unterbinden von Abgasmanipulationen
- Maßnahmen zur Modernisierung des Taxibestandes in Linz
- ein Maßnahmenbündel, um den Anteil der E-Mobilität zu erhöhen
- eine Vielzahl von Maßnahmen im öffentlichen Verkehr inklusive einem Konzept für Busschleusen an Linzer Einfallstraßen
- Maßnahmen für gebietsbezogene Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie
- Maßnahmen, um den Ausbau der Rad- und Fußinfrastruktur zu forcieren

Maßnahmen im Detail

Umwelt-Landesrat Anschober: *„Wir müssen die Grenzwerte auch am Römerbergtunnel möglichst rasch erreichen. Ohne Dieselskandal gäbe es übrigens keine Grenzwertüberschreitung. Wir haben zwei Optionen beim Ziel der Unterschreitung der NO₂-Grenzwerte bei der Messstelle Römerbergtunnel: Eine Umweltzone mit einem Fahrverbot für ältere Dieselfahrzeuge. Dafür gibt es keine Mehrheiten. Daher sind wir den zweiten Weg gegangen. Nach intensiver Arbeit am Maßnahmenprogramm ist es nun gelungen, ein großes Bündel an insgesamt 32 Maßnahmen aus vielen unterschiedlichen Verursacherbereichen zu erarbeiten, um für die Linzer Luft weitere Verbesserungen auch entlang der Durchzugsstraßen zu erreichen – zum Schutz der Gesundheit und auch um Millionenzahlungen durch eine Verurteilung in einem EU-*

Vertragsverletzungsverfahren zu verhindern. Für mich ist das ein guter weiterer Schritt in die richtige Richtung, aber auch nach diesem Paket ist noch viel zu tun.“

Landesinitiative für energieeffiziente emissionsfreie Taxis

Taxis sind jener Anteil an Fahrzeugen, die im Allgemeinen eine hohe Fahrleistung haben. Eine Erhebung Ende 2017 ergab, dass 91 % der in Linz betriebenen Taxis Dieselfahrzeuge sind und davon 40 % den Euroklassen 0 – 3 angehören.

Ziel ist es, dass im Sanierungsgebiet nur mehr Diesel-Taxis mit Euroklasse 4 oder höher fahren und vermehrt energieeffiziente emissionsfreie Taxis zum Einsatz kommen. Dazu wird ein Fahrverbot im Sanierungsgebiet für ältere Taxis (ältere Benzintaxis bis inkl. Euro 2 und ältere Dieseltaxis bis inkl. Euro 3 - PKW) ab 1. Juli 2020 erlassen, gleichzeitig wird aber auch ein Förderprogramm für E-Taxis und für die nötige Ladeinfrastruktur gemeinsam mit dem Magistrat Linz angeboten.

Vorantreiben von Nachrüstungen

Würden die Diesel-KFZ Emissionen entsprechend der Typprüfung im Realbetrieb verursachen, so würde im Jahr 2020 sowohl der Grenzwert der EU-Luftqualitätsrichtlinie von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ als auch der Grenzwert des IG-L von $35 \mu\text{g}/\text{m}^3$ eingehalten werden. Die Prognoserechnung ergibt einen Wert von $33 \mu\text{g}/\text{m}^3$.

Beim Dieseltreffen im Juli 2017 haben dreizehn Vertreter der Österreich-Niederlassungen der Fahrzeughersteller teilgenommen und Softwareupdates zugesagt. Diese werden konsequent eingefordert. Die Entwicklungen in Deutschland belegen, Nachrüstungen an der Hardware von Diesel-Pkw sind rechtlich und technisch umsetzbar und müssen auch in Österreich umgesetzt werden. Ziel ist es, Nachrüstungen an der Hardware zu erwirken.

Vorgehen gegen Abgasmanipulation

Kraftfahrzeuge mit gesetzeswidrig manipulierter Abgasreinigung stoßen ein Vielfaches der zulässigen Schadstoffemissionen aus. Effektive Kontrollen werden daher forciert.

E-Mobilitätsoffensive

Um die Anzahl der E-Fahrzeuge bzw. die E-Mobilität im Land Oberösterreich und im Zentralraum zu erhöhen, ist folgendes Maßnahmenbündel notwendig:

- Ausbau der Ladeinfrastruktur in Abstimmung mit den oberösterreichischen Energieversorgern
- Ausweitung der Bestimmungen über die Verpflichtung zur Errichtung entsprechender Ladeinfrastruktur bei Gebäuden
- Vorbildfunktion des Landes Oberösterreich und anderer Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes beim eigenen Fuhrpark
- Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes bei der Erbringung von Dienstleistungen wie Straßenreinigung und Müllabfuhr
- Lademöglichkeit für Mitarbeiter/innen bei Arbeitgeber/innen (auch mit Vorbildfunktion im öffentlichen Dienst)
- Maßnahmenbündel für sonstige Verkehrsgruppen (Zustelldienste, Busse, ...)
- Zusätzlich zur Bundesförderung Anreize für im Großraum Linz ansässige Betriebe ihren Fuhrpark umzustellen

Allgemeine Attraktivierungsmaßnahmen im öffentlichen Verkehr

Der öffentliche Verkehr wird angebotsseitig (z.B. zusätzliche Buskurse im Regionalverkehr) laufend attraktiviert. Schwerpunkte werden in Zeiten und Räumen mit hoher Effektivität (Spitzenzeiten) gesetzt. Im Infrastrukturbereich werden Regionalbushaltestellen laufend attraktiviert (Förderung Wartehäuser).

Realisierung S-Bahnkonzept

Im Großraum Linz wurde im Dezember 2016 auf den fünf Bahnstrecken Westbahn (Ost und West), Pyhrnbahn, Summerauer Bahn und LILO ein S-Bahn-Konzept umgesetzt. Das bestehende Regionalzugangebot wurde klar strukturiert, vertaktet und verdichtet und auf den Fernverkehrstaktknoten Linz Hauptbahnhof ausgerichtet. Das Land Oberösterreich hat ca. 400.000 zusätzliche Eisenbahnkilometer bestellt. Mit einem intensiven Marketing wird die Inanspruchnahme unterstützt.

Im Rahmen des Verkehrsdienstevertrags 2020 für den Schienennah- und Regionalverkehr ist geplant, zusätzliche 150.000 Zugkilometer für die weitere Verdichtung des schienengebundenen ÖV's zu bestellen.

Park & Drive Anlagen errichten

Das Land Oberösterreich errichtet gemeinsam mit der ASFINAG im Nahbereich von Autobahnanschlussstellen sukzessive sogenannte Park & Drive Anlagen zur Unterstützung der Bildung von Fahrgemeinschaften. Diese werden hauptsächlich im Pendlerverkehr, zum Teil auch im Freizeitverkehr, genutzt. Bisherige Anlagen liegen in Meggenhofen und Kefermarkt, Enns-West ist fertig. Für Eberstalzell liegen die rechtlichen Voraussetzungen inzwischen vor. Es ist noch im heurigen Jahr der Baubeginn geplant.

Konzept für Busschleusen an Linzer Einfallstraßen

Das Magistrat Linz und das Land Oberösterreich erarbeiten gemeinsam ein Konzept für Busschleusen an allen Linzer Einfallstraßen.

Forcierter Ausbau Rad- und Fußinfrastruktur

- Aus- bzw. Neubau der Infrastruktur für den Radverkehr auf Sammelrouten
- Aus- bzw. Neubau auf Regelbreiten.

Es werden Lückenschlüsse bzw. neue Radwege und –infrastrukturen umgesetzt. In der Radregion Linz-Land (21 der 22 Gemeinden des Bezirks) wird derzeit eine Ausschreibung für ein Alltagsradroutennetz vorbereitet (Leader-Projekt).

Ausbau Radhaupttroutennetz

Das Radhaupttroutennetz soll attraktiv ausgebaut werden, z.B. mit 3,5 m Breite, komfortabler Linienführung. Insgesamt sind neun Radhaupttrouten mit ca. 70 km Radwegenetz definiert, erste Maßnahmen sind entlang der Streckenführung Linz-Traun schon gesetzt worden. Weiters sind Maßnahmen zur Umsetzung entlang der B 3 von Luftenberg bis Steyreggerbrücke geplant.

Die Detailplanung für weitere Radhaupttrouten ist für 2019 vorgesehen, eine Umsetzung wird in den Folgejahren je nach budgetären Möglichkeiten erfolgen. Die Radhaupttroute Linz - Puchenau wurde im August 2018 dem Verkehr übergeben. Für das Radhaupttroutennetz ebenso wie für das Netz der Sammelrouten sind ein entsprechendes Leitsystem mit Beschilderung und Bodenmarkierungen sowie ein

Radrouting vorgesehen. Der Teil der Radhaupttroute Steyregg - Linzer Straße wird derzeit errichtet. Die Erweiterung Richtung Osten wird derzeit planerisch geprüft.

Stromanschlüsse für Donauschiffe

Ende 2018 waren drei Schiffsanlegestellen bei der Schiffswerft und eine Anlegestelle etwa gegenüber dem Brucknerhaus mit Landstromanschluss ausgestattet. In den nächsten Jahren sollen alle Schiffsanlegestellen mit Landstromanschluss ausgestattet werden.

STATEMENTS

„Oberösterreich zeigt bereits, dass Industrie und Klimaschutz keine Gegensätze sein müssen, sondern sich auch ergänzen. Wir haben die sauberste Industrie, was beispielsweise der hohe Anteil an erneuerbaren Energieträgern bezeugt. Daher braucht es auch im Straßenverkehr notwendige Maßnahmen, um unsere Luft reinzuhalten und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen“, so Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer.

Wirtschafts- und Energie-Landesrat Markus Achleitner: *„Es ist erfreulich, dass mit diesem Programm eine sozial und wirtschaftlich verträgliche Lösung zur nachhaltigen Verbesserung der Luftsituation im Großraum Linz gefunden werden konnte. So konnte insbesondere eine Umweltzone mit Fahrverboten vermieden werden, die massive Auswirkungen auf die Wirtschaft in Linz, aber auch auf die Bewohner/innen einer solchen Umweltzone und die Mitarbeiter/innen der Betriebe gehabt hätte. Eine wesentliche Maßnahme zur Verringerung der Stickoxidbelastung in Linz ist die Förderung von Elektromobilität. Hier wird beispielsweise im Rahmen einer Landesinitiative für energieeffiziente emissionsfreie Taxis die Anschaffung von Elektro-Fahrzeugen und Plug-In-Hybrid-Fahrzeugen vom Land OÖ gefördert. Zusätzlich sollen eigene Ladestationen für E-Taxis im Stadtgebiet von Linz eingerichtet werden. Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Errichtung von Landstromanschlüssen für Donaukreuzfahrtschiffe in Linz. Damit soll erreicht werden, dass diese Kabinenschiffe nicht auch angelegt ihre Dieselaggregate zur Versorgung ihrer elektrischen Anlagen laufen lassen müssen. So kann auch in diesem Bereich die Schadstoffbelastung der Luft verringert werden.“*

„Der Großraum Linz ist ein dynamisch wachsender Lebens- und Wirtschaftsraum, der sich als Ballungsraum kontinuierlich weiterentwickelt. Gemeinsam mit der Stadt Linz wurde bereits ein Mobilitätsleitbild auf den Weg gebracht, das mit seinen zahlreichen Handlungsschwerpunkten dabei unterstützen soll, die Linzer Luft zu verbessern. Eine zentrale Rolle dabei nimmt der öffentliche Verkehr ein. Gerade gestern konnten wir einen historischen Meilenstein setzen, indem wir die Infrastrukturoffensive für Oberösterreich verabschiedet haben. So werden über 600 Millionen in den Ausbau und die Attraktivierung in den öffentlichen Schienenverkehrs investiert. Auf dieser Grundlage kämpfen wir auch für die Umsetzung weiterer attraktiver Infrastrukturprojekte, wie der durchgebundenen Mühlkreisbahn zum Hauptbahnhof, der Stadtbahn Richtung Gallneukirchen-Pregarten, der LILLO-Verlängerung in Richtung Aschach an der Donau und der Erweiterung der Straßenbahn nach Ansfelden-Kremsdorf“, so Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner.

„Die mobilen Bedürfnisse in unseren Städten wachsen und treffen auf hohe Umwelt- und Klimaziele. Die gemeinsam erarbeiteten Maßnahmen gehen auf diese veränderten Anforderungen ein“, betont Bürgermeister Klaus Luger. Darüber hinaus ist Bürgermeister Luger der Ansicht, dass es in einer Industriestadt, die seit fast 30 Jahren Klimabündnis-Gemeinde ist und nachweislich viel für den Klima- und Umweltschutz getan hat, es keine Notstandsverordnungen braucht. *„Es braucht jedoch dringend konkrete Maßnahmen für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die rasche Umsetzung des Verkehrsleitbildes Linz und Umgebung gemeinsam mit den Linzer Umlandgemeinden“,* berichtet Bürgermeister MMag. Klaus Luger.

Vizebürgermeister DI Markus Hein: *„Die Zeiten, in denen Linz mit Smog, schlechter Luft und den damit zusammenhängenden gesundheitlichen Schäden assoziiert wurde, sind erfreulicherweise lange vorbei. Ungeachtet dessen sind aber die Stickstoffdioxid- und Feinstaubbelastung in der der Stadt, in der viele mit dem eigenen KFZ einpendeln, nach wie vor zu hoch. Österreich hat den Klimaschutz betreffend Vereinbarungen unterzeichnet, die eingehalten werden müssen, um hohe Strafzahlungen zu vermeiden. Es ist an der Zeit, dass nun endlich die notwendigen Gelder für den dringend benötigten ÖV- und Radausbau zur Verfügung gestellt werden. Ohne schnellen Ausbau des*

öffentlichen Verkehrs und der aktiven Mobilität sind die strengen Klimazielvorgaben wohl nicht zu erreichen.“

„Mit dem neuen Programm des Landes OÖ ist nun ein wichtiger Schritt gesetzt worden. Wir wissen, dass der motorisierte Individualverkehr Hauptverursacher der Luftschadstoffe ist. Es müssen deshalb dringend alle Anstrengungen in die Forcierung der sanften Mobilitätsformen gelegt werden. Mit dem Umweltticket haben wir in der Stadt gezeigt, wie eine Attraktiverung des öffentlichen Verkehrs gelingen kann. Die Zukunft der Mobilität in urbanen Großräumen gehört den Öffis, dem Radfahren und dem zu Fuß gehen“, sagt Umweltstadträtin Mag.^a Eva Schobesberger.